

Stoppt die Rüstungsproduktion in Kiel!

Die Produktion von Rüstungsgütern hat in Kiel eine sehr lange Geschichte. Vor allem der Bau von Kriegsschiffen, aber auch der Bau von anderen Waffen und Rüstungselektronik, prägt den Produktionsstandort Kiel. Auch deutsche Rüstungskonzerne exportieren Waffen in alle Teile der Welt, nach Israel wie nach Saudi-Arabien, deutsche Waffen töteten auch in Libyen, Syrien, usw.

Wir als Kommunist*innen lehnen die Rüstungsproduktion sowie die weltweiten Kriegseinsätze entschieden ab.

Die weltweiten Ausgaben für Militär und Rüstung erreichen Jahr für Jahr neue Rekordmarken: Im vergangenen Jahr sind laut SIPRI (Stockholmer Friedensforschungsinstitut) 1,63 Billionen US-Dollar, das sind 1,25 Billionen Euro, für militärische Zwecke ausgegeben worden. Tag für Tag sind das 3,4 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite sterben täglich 24.000 Kinder unter 5 Jahren aus Mangel an Nahrung, Mangel an sauberem Wasser und Mangel an medizinischer Versorgung. Schon mit einem Bruchteil dessen, was für Waffen und Militär ausgegeben wird, könnte dieser himmelschreiende Skandal beendet, könnten die Kinder dieser Welt gerettet werden. (AG*

Friedensforschung, Friedenspolitischer Ratschlag 2012)

Für Profite deutscher Banken und Konzerne geht Deutschland über Leichen und befördert, durch seine Waffen und Rüstungsproduktion Kriege und Massensterben. In der Öffentlichkeit wird häufig für den Erhalt und die Ausweitung von Rüstungsproduktion argumentiert, weil damit Arbeitsplätze gesichert würden.

Wir als Kommunist*innen stellen uns nicht gegen die Kolleg*innen, die in Rüstungsfirmen arbeiten. Wir stehen an ihrer Seite, sind in derselben Gewerkschaft organisiert. Wir wollen mit ihnen für eine Umstellung auf sinnvolle, dem Frieden dienende Produktion kämpfen. Die Forderung nach Konversion ist gerade in den Gewerkschaften in Kiel von großer Bedeutung. „Das geht nicht von heute auf morgen!“ – das wird uns manchmal entgegengehalten. Nun, das wissen wir auch. Bekanntlich beginnt auch der längste Weg mit dem ersten Schritt, und wenn wir den heute nicht tun, kann es morgen zu spät sein. Vor allem muss man diesen Schritt überhaupt tun wollen! Am Anfang steht doch die Verständigung auf das gemeinsame Ziel:

Wir wollen für den Frieden arbeiten!

„Die IG Metall setzt sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung ein.“ So steht es in der auf dem 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe beschlossenen Satzung. „Die Rüstungsausgaben müssen zugunsten sozialer, ökologischer und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben gesenkt werden“, heißt es in einem vom selben Kongress angenommenen Leitantrag. Gemeinsam

müssen wir uns für die Umsetzung dieser Beschlüsse einsetzen. Der Kampf für die Konversion muss im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Öffentlichkeit geführt werden. **Die DKP Kiel fordert: Abrüstung und Rüstungskonversion - soziale und ökologische Produktion statt Kriegsvorbereitung!**

Rüstungsproduktion in Kiel – nicht nur U-Boote, Fregatten und Panzer

Rüstung sichert weder Arbeitsplätze noch retten wir mit unserer Technik Menschen vor diktatorischen Systemen, ganz im Gegenteil, wir rüsten solche Systeme mit Waffen und Munition aus, die damit ihre Bevölkerung und die ihrer Nachbarländer bedrohen und vernichten.

Die Menschen in Kiel haben in zwei Weltkriegen erlebt, dass sie als Bewohner*innen eines Rüstungs- und Marinestandorts vor allem Leid, Tod und Zerstörung zu gewärtigen haben. Dem 1. Weltkrieg hatten Matrosen und Arbeiter 1918 in

Kiel mit ihrem Aufstand, der die Novemberrevolution einleitete, ein Ende gesetzt. Nach dem von den Nazis angezettelten 2. Weltkrieg, dem die Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition ein Ende setzen mussten, war unsere Stadt zu 80 Prozent zerstört.

Mittlerweile ist Kiel bei NATO-Manövern an den Westgrenzen Russlands zur Drehscheibe für Truppentransporte ins Baltikum geworden. Was das im Ernstfall für die Bewohner der Stadt bedeuten wird, kann man sich unschwer vorstellen.

Vergessen scheint heute die Mahnung des damaligen Kieler Bürgermeister Andreas Gayk aus dem Jahr 1946:

„Was heute jeder Kieler Bürger begreifen müßte, ist dies: Es gibt keine gesunde, krisenfeste Wirtschaft in Kiel ohne eine radikale Abkehr von jeder Rüstungspolitik. Es gibt keine gesunde, krisenfeste Wirtschaft ohne ein Bekenntnis zu einer echten Friedenswirtschaft. Diese Friedenswirtschaft wollen wir Schritt für Schritt, aber zielbewußt aufbauen. (...) Die Stadtvertretung denkt nicht daran, den Leidensweg Kiels zum dritten Male von vorne zu beginnen.“

Das interessiert auch seine Partei, die SPD, schon lange nicht mehr.

2014 befassten sich in Kiel 4000 Menschen direkt mit dem Bau von Kriegstechnik, vom U-Bootsbau über Munitionsproduktion bis zur Herstellung von sogenannter Sicherheitstechnik. Viel Know-how fließt direkt oder indirekt von den Kieler Hochschulen in Entwicklung der Kieler

Rüstungsschmieden. Vor allem in die Automatisierung, den Einsatz von Elektronik, die den Kostenfaktor Arbeit reduziert und den Profit erhöht. Durch diese steigende Arbeitsproduktivität und „Spezialisierung“ können Rüstungsunternehmen es sich leisten, Arbeitsplätze abzubauen.

Wir brauchen keine Kriegstechnik – Zivile Produktion statt Kriegsmaschinerie

Wer U-Boote baut, der kann auch Spezialschiffe bauen, die friedliche Meeresforschung betreiben. Wer Sicherheitssysteme für Polizei und Bundeswehr entwickelt und baut, der kann auch intelligente Systeme der Energiesteuerung (smart grid) sicherstellen, damit private Daten besser

geschützt werden. Usw., usw. ... Hier liegen Aufgaben, die auf lange Sicht den Menschen dienen und das nicht nur in unseren Regionen. Für die Zukunft der Menschheit auf diesem Planeten zu arbeiten, wer könnte sich einen besseren Arbeitsplatz vorstellen?

Wenn da nur nicht der garantierte Extra-Profit durch die Steuerzahler*innen wäre!

Der Verteidigungshaushalt betrug im Jahr 2013 33,26 Mrd €, und wie wir wissen, wird nicht immer so genau kontrolliert, wofür das Geld ausgegeben wurde. Wird das Kampfflugzeug eben mal dreimal so teuer – macht nix. Das passiert dann auf unsere Kosten und zulasten von anderen wichtigen Aufgaben, die aus Steuergeldern geleistet werden sollten wie z.B. Bildung, Unterstützung für die Kommunen, die die Hauptlast der sozialen Aufgaben tragen. Und je mehr Kriegseinsätze, desto höher die Nachfrage! Und deutsche Technik hat sich bewährt, so dass ordentlich exportiert wird, hier steht Deutschland an dritter Stelle in der Weltrangliste der Rüstungsexporte.

Wie eng hier Politik, Rüstungsindustrie und Universität zusammenarbeiten, zeigt ein Ausschnitt aus der KN vom 29.4.15: „Um 10 Uhr soll Rivlin demnach von Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) im Gästehaus der Landesregierung empfangen werden. Anschließend ist ein Besuch der U-Boot-Werft TKMS, ehemals HDW, geplant. Zwischen der Werft und der israelischen Marine besteht eine jahrzehntelange Partnerschaft. Zuletzt wurden in Kiel vier U-Boote der Dolphin-Klasse für Israel ausgeliefert, zwei weitere befinden sich im Bau. Zudem laufen derzeit

Verhandlungen zwischen TKMS und Israel über den Bau von bis zu vier Korvetten. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt bis zu 1,3 Milliarden Euro. Rund ein Drittel davon wird von der Bundesregierung übernommen. Nach einem Mittagessen wird Rivlin sich dann an der Christian-Albrechts-Universität über die aktuelle Spitzenforschung an der Förde informieren.“

Inzwischen wurde die Kieler Werft Abu Dhabi Mar (ADM), deren Geschäftsführung auch zu dem Schluss gekommen ist, dass sich mit Militärschiffbau mehr Profit erzielen lässt als mit dem Bau von Schiffen für zivile Nutzung, in „German Naval Yards“ umbenannt. Zum einen, weil sich Geschäfte mit Israel unter diesem so gar nicht arabisch klingenden Namen besser machen lassen, zum anderen, um die militaristische Ausrichtung schon im Namen selbst deutlich zu machen. (Zur gleichnamigen Holding gehören auch Nobiskrug in Rendsburg und Lindenau in Friedrichsort.)

Der Wahnsinn nimmt kein Ende, wenn wir ihm keine Grenzen setzen...

Krieg beginnt hier! Deshalb müssen wir den Kriegsbrandstiftern auch hier entgegentreten!

- Arbeit für die Zukunft der Menschen in Kiel und auf der ganzen Welt!
- Stoppt den weltweiten Einsatz von Bundeswehr und Kriegsmarine!
- Runter mit dem „Verteidigungs“-Haushalt, der ein Kriegsetat ist!
- Mehr Geld für Bildung und Soziales!
- Die Ostsee muss ein Meer des Friedens werden!
- Den Kriegsbrandstiftern das Handwerk legen – keine Kriegskonferenz in Kiel!

-- Leider immer noch aktuell: Ein „backbord“-Artikel vom September 2014. Hier neu

aufgelegt anlässlich der „Kiel Conference“ im Rahmen der Kieler Woche 2015. -----



Pax optima rerum

Seit 350 Jahren

Motto der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

...

Frieden ist das höchste Gut

Im Jahr 1665 lagen der Westfälische Friede und damit das Ende des 30jährigen Krieges erst 17 Jahre zurück. Der Schwedisch-Dänische Krieg war 1660 beendet worden. Nicht wirklich weit entfernt hatte gerade der zweite große Krieg zwischen England und den Niederlanden begonnen. „Pax optima rerum“ - ein durchaus naheliegender Leitspruch für eine in eben diesem Jahr neu zu gründende Hochschule. Viele weitere Kriege und zwei Weltkriege später ist dieses Motto immer noch nicht zur tatsächlichen Leitlinie für die Kieler Universität geworden. Auch wenn es der Uni-Präsident Lutz Kipp unlängst zu leugnen versucht hat: **An der CAU wird massiv Rüstungsforschung betrieben.** Forschung mit dem primären Ziel, dem Einsatz der Bundeswehr in aller Welt zu dienen. Dass sich viele bei der Verfolgung dieses Ziels gewonnene Erkenntnisse auch für zivile Zwecke nutzen ließen („dual use“), bezweifeln wir nicht. Dass die Zeit für ihre ausschließlich friedliche Nutzung einmal kommt, ist Ziel unseres Strebens.

Das sogenannte Verteidigungsministerium hat seine jährlichen Ausgaben für Rüstungsforschung mehr als verdoppelt. Seit 2010 hat es 120 Aufträge im Umfang von 28 Mio. Euro an Hochschulen vergeben, die Kieler CAU liegt hinter der Uni Hannover auf Platz zwei der so bedachten Einrichtungen. In seiner eigenen Presseerklärung zum Thema spricht Herr Kipp von 13 Projekten mit einem Volumen von zwei Mio. Euro an der CAU, die von der Bundeswehr finanziert wurden. Dabei wurde sowohl technische als auch logistische und propagandistische Hilfestellung für die Armee, nicht zuletzt für die Marine geleistet. Die Entwicklung von Radarsystemen, Richtlinien für die Aufstandsbekämpfung im Ausland und

Überlegungen zur Verteidigung der „europäischen Ordnung“ gehören dazu.

Besonders hervorzuheben hat sich dabei der **Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik (ISPK), Joachim Krause.** Das Ansinnen vieler Studierender und Beschäftigter, an der Kieler Uni eine Zivilklausel einzuführen, lehnt er als Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft ab. Diese unter Rüstungsforscher*innen verbreitete Auffassung untermauert er mit einem besonders schäbigen Vergleich: er fühle sich durch „Kooperations- und Kontaktverbote“ etwa mit der Bundeswehr fatal an Zeiten erinnert, „in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren“.

Der „Gefährdung der europäischen Ordnung durch Russland“ müsse begegnet werden. Krause kritisiert die „übergroße Vorsicht, die deutsche Politiker beim Umgang mit militärischen Instrumenten walten lassen“. Er findet, Deutschland könne „in dieser schwierigen Zeit eine Führungsrolle übernehmen“, und: „De-Eskalation ist dabei nur eine Übergangsstrategie.“ Schließlich: „Mit einem feindlich gesinnten Russland zu leben, ist keine Katastrophe.“ NATO und EU („die beiden Grundpfeiler der internationalen Ordnung“) seien zu stärken, Abschreckung und damit notwendigerweise Hochrüstung die gebotenen Mittel.

Für die Publikationen seines Instituts ein weiteres Beispiel. In seinem Aufsatz „Herausforderungen für die NATO-Marinen in Zeiten der Euro- und Wirtschaftskrise“ (*Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 32, Dez. 2012) benennt **Sebastian Bruhns** ein Problem der Militärfreunde am Beispiel der Kriegsmarine:

„Seestreitkräfte sind teuer, und so müssen sie von Zeit zu Zeit Argumente vorbringen, warum die Gesellschaft ihre knappen Mittel in sie investieren sollte.“ Schwierigkeiten sieht er dabei gegeben durch die „**postheroische Grundhaltung**“ seit Ende des Kalten Kriegs, die sich zumindest in Europa feststellen lässt“. Seiner Meinung nach bedarf es „selbstbewusster politischer und militärischer Überzeugungstäter mit Weitblick und Mut zu strategischem Denken. Sich nicht im ‚Klein-Klein‘ zu verheddern, sondern auch das ‚Große Ganze‘ im Blick zu behalten und es vor allen Dingen nach außen zu tragen“, u. a. über die Medien und allgemeine und politische Bildung. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den US-amerikanischen Seekriegsforscher Prof. Robert Rubel (US Naval War College, Center for Naval Warfare Studies) formuliert er eine seiner Kernthesen: „Maritime Macht als Indikator gesamtstaatlicher Macht ermöglicht es einer Nation, die Regel für die internationale Ordnung zu bestimmen (im Fall des Westens: das liberale Wirtschaftssystem).“ Rubel selbst spricht etwas deutlicher von der etablierten „liberal capitalist trading

order“, also der *kapitalistischen* Ordnung und erklärt den Schutz dieses „globalen Wirtschaftssystems“ zur grundlegenden Bestimmung der Seestreitkräfte. („**The basic purpose of navies today is to protect the global economic system.**“)

Für den Institutsleiter Krause ist das alles ausdrücklich mit der verfassungsmäßig gebotenen Beschränkung eines eventuellen Einsatzes der Bundeswehr auf die Landesverteidigung vereinbar. Die Kritiker verstehen das Grundgesetz einfach nicht richtig. Und überhaupt, die Kritiker: „Die deutsche Debatte über die Rolle militärischer Instrumente in der Außenpolitik hat in den vergangenen 15 Jahren eine pazifistische Ideologisierung erfahren, die sich mittlerweile wie Mehltau über die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands legt.“

Also: Schluss der Debatte! Maul halten und Verstand ausschalten! Hacken zusammen und heroische Grundhaltung einnehmen! Dann werden wir's den Russen schon (wieder mal) zeigen!

Alle Befürworter*innen einer postheroischen Grundhaltung, alle Gegner*innen der militärischen Überzeugungstäter rufen wir auf:

Beteiligt euch an den Protesten gegen die Konferenz der Kriegstreiber während der Kieler Woche („KielConference“)! Kommt zur Demonstration am 23. Juni!



Die Demonstration startet um 16 Uhr direkt am Institut für „Sicherheitspolitik“ an der Uni, Westring/Olshausenstraße. Bereits um 15 Uhr beginnt dort eine Auftaktkundgebung. Diese Aktionen werden von einem antimilitaristischen Bündnis organisiert, in dem die DKP neben vielen anderen Organisationen mitarbeitet. Da die „KielConference“ nach dem Willen ihrer Organisator*innen eine ständige Einrichtung werden soll, wird dieses Bündnis weiterarbeiten müssen. Achtet auf entsprechende Ankündigungen!

Ich will mehr Infos über die DKP

Ich möchte das Programm der DKP kennenlernen

Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
 DKP-Partelvorstand • Hoffnungstraße 18
 45127 Essen • Homepage: www.dkp.de
 E-Mail: dkp.pv@t-online.de

backbord Ausgabe Juni 2015 – ViSdP:
 C. Koberg, Marienbader Str., 24146 Kiel